

## RAF-Wohnung entdeckt

Welt 17-7-84

Aufgrund eines Hinweises konnte am Wochenende in Karlsruhe ein Ein-Zimmer-Apartment ausgehoben werden, das mutmaßlichen RAF-Terroristen offenbar als konspirative Wohnung diente. Die Wohnung in der Bahnhofstraße 1, etwa einen Kilometer vom Bundesgerichtshof, dem Sitz des Generalbundesanwaltes, entfernt, war von der mutmaßlichen Terroristin Christa Eckes angemietet und Anfang Juni dieses Jahres bezogen worden. In dem Apartment hatte sich Stefan Frey aufgehalten. Frau Eckes und Stefan Frey waren am 2. Juli 1984 in Frankfurt festgenommen worden. In dem Apartment konnten ein Buchtext der RAF, ein Waffenreinigungsgerät, mehrere schriftliche Unterlagen sowie ein Gerät zum Auffinden von Funkfrequenzen sichergestellt werden.

Welt 21-7-84

## Plant RAF Anschlag auf Rebmann ?

DW. Karlsruhe

Die terroristische RAF plant offenbar einen Anschlag auf Generalbundesanwalt Kurt Rebmann. Wie am Freitag in Karlsruhe bekannt wurde, hat sich dieser Verdacht jetzt erhärtet. Die von der inzwischen in Frankfurt festgenommene Christa Eckes in Karlsruhe angemietete konspirative Wohnung liegt nur wenige Meter von einer der Fahrtrouten entfernt, die der Generalbundesanwalt bei seinen täglichen Pkw-Fahrten von seinem Wohnsitz in Stuttgart-Vaihingen nach Karlsruhe befahren muß. Die Wohnung trennen auch nur wenige hundert Meter von den Räumen der Bundesanwaltschaft im Bundesgerichtshof.

taz Donnerstag, 19.7.84

## RAF/Wohnungssuche BKA vermutet neue Taktik

Wiesbaden (dpa) - Eine neue Taktik der RAF, um zu Unterkünften zu kommen, vermutet das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Aus den Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Festnahme von angeblichen RAF-Mitgliedern am 2. Juli in Frankfurt und am 22. Juni in Deizisau sichergestellt wurden, schließt das BKA nach einer Erklärung vom Dienstag, daß von der RAF seit einiger Zeit Unterkünfte kurzfristig auch über dritte, von ihnen für zuverlässig gehaltene Personen, besorgt werden. So habe die in Frankfurt festgenommene Christa Eckes einen Mann nach einer vorübergehend freierwerbenden Unterkunft gefragt, der am „Schwarzen Brett“ der Fachhochschule Karlsruhe eine Mitfahrgelegenheit für eine Urlaubsreise angeboten hatte. Als Begründung für ihre Wohnungssuche habe Frau Eckes Ehestreitigkeiten genannt, die zur Auflösung der häuslichen Gemeinschaft geführt hätten.

# Aussage von Knut Folkerts und Günter Sonnenberg in Stammheim am 5.6.1984

Blättle juni 1984

Die "Routine" des Stammheimer Prozesses gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, der aus den Medien inzwischen vollkommen verschwunden ist, wird ab und zu durch öffentlichkeitswirksamere Ereignisse unterbrochen. So auch am 5.6.84, wo Knut Folkerts und Günter Sonnenberg - vom Gericht als Zeugen zum Buback-Komplex geladen - erwartet wurden.

Wie immer bei solchen Anlässen, gab es zu den normalen Kontrollen noch zusätzliche Einschüchterungsmaßnahmen. Schon auf der Anfahrt zum Stammheimer Knast wurden Fahrzeuge angehalten und gegenüber der Straßenbahnhaltestelle standen berittene Uniformierte, die die Aussteigenden beobachteten.

Auch die Anzahl der Prozeßbesucher gegenüber dem "normalen" Ablauf stark erhöht, und so befand sich schon um 8.30 Uhr eine lange Schlange von Wartenden vor der Drehtür, die ins Prozeßgebäude führt. Unter ihnen neben zwei (!) Vertretern der Presse auch eine Schulklasse von 14-15 Jährigen mit ihrem Lehrer. Diese trug dazu bei, das in der Regel disziplinierte Warten in der Reihe in Hektik und Aggressivität umzuwandeln.

Die Schüler hatten sich zwar ordnungsgemäß eingereiht, aber wegen starken Frauenüberschusses unter den Wartenden und paritätischen Einlassens kamen die Männer schneller vorwärts als die Frauen, und es bestand die Gefahr, daß der Lehrer und die männlichen Schüler den



wartenden Frauen zuvorkamen.

Die Ablehnung, die ihnen entgegenschlug, ist einerseits verständlich: man kennt dies zur Genüge, daß bei ähnlichen Anlässen Zweidrittel des Saales mit Zivilbulen oder Personen gefüllt ist, die die Funktion haben, die Wirkung von Anträgen oder abgegebenen Erklärungen möglichst gering zu halten. Außerdem sollen sie das Klima im Gerichtssaal derart abkühlen, daß die wenigen noch verbliebenen Leute, die es unter normalen Umständen beim Eintreten des Richters vorziehen, sitzen zu bleiben oder die es sogar wagen, die Gefangenen zu grüßen, auf ihre Absicht lieber verzichten. Aufgrund des großen Andrangs war es dann auch so, daß die große Mehrheit der Schüler an der Verhandlung nicht teilnehmen konnten.

Als Resultat davon gab es auf dem Nachhauseweg an der Straßenbahnhaltestelle folgende Situation: beim Vorbeigehen hörte ich Äußerungen wie "Hoffentlich kommst du 90 Jahre in den Knast!" und Forderungen nach der Todesstrafe für die Gefangenen. Eine Schülerin beklagte, daß die Gefangenen ja sowieso nach kurzer Zeit wegen guter Führung wieder entlassen würden und dann weiter Menschen umbringen könnten.

Für einen anderen war alles klar: Man müßte mit jedem Menschen das machen, was er anderen angetan hat. Folgte man dieser Logik, hätte es schon lange vor '77 keinen Buback mehr gegeben! Aber

das den Leuten nahezubringen, diesen Panzer von HaB und Abwehr zu durchdringen und ihnen zu zeigen, daß nicht alles so ist, wie es vordergründig zu sein scheint, ist eine Aufgabe, der ich mich in dieser Situation nicht gewachsen fühlte.

Insofern ist es schade, daß die Schulklasse keine Gelegenheit hatte, der Verhandlung beizuwohnen, da dieses unmittelbare Miterleben oft mehr zur Bewußtseinsbildung beiträgt als Argumente. Und insofern hat unsere ablehnende Haltung die Einleitung dieses Bewußtseinsbildungsprozesses behindert, indem sie die Vorurteile der Jugendlichen gegenüber Gefangenen und Prozeßbesuchern bestärkt hat.

Der Prozeß selbst konnte erst mit einer Stunde Verspätung beginnen. Nach den üblichen Sprüchen ("Wer nicht aufsteht, wird noch Gelegenheit zum Sitzen haben.") und Einschüchterungen (Warnung vor "Begrüßungsritualen" und anschließendem Ausschluß der Öffentlichkeit) folgte unmittelbar die Vorführung von Knut Folkerts, der es ablehnte, auf Fragen zu antworten und stattdessen eine Erklärung zur Offensive '77 abgab (siehe unten).

Anschließend wurde die Sitzung auf 14 Uhr vertagt. Die unter den Zuschauern sitzende Rechtsanwältin Renate Trobisch handelte sich noch ein Ordnungsgeld von DM 200,-- ein, weil sie "die Hand gehoben (habe) mit einer Faust", als Knut den Saal verließ. Zwar war sie nur eine von etwa 100 Leuten, die sich desselben "Vergehens" schuldig gemacht hatten, aber der Richter wollte sich wohl für seine normalerweise größere Handlungseinschränkung Anwälten gegenüber, wenn sie in Robe auf den Verteidigerbänken sitzen, rächen.

Anzumerken wäre noch, daß über den Verlauf dieses Prozeßtages in der Presse kein Wort verloren wurde. Ein Indiz dafür, wie sich die Nachrichtensperre inzwischen gesellschaftlich durchgesetzt hat und für uns vom "Blättle" die Bestätigung dafür, daß es richtig und notwendig ist, darüber zu berichten.

In dem Prozeß, der hier gegen Brigitte und Christian Knut, geht es dem Staatsschutz - neben dem materiellen Ziel, mit dem Urteil den juristischen Rahmen für deren Vernichtung zu schaffen - besonders darum, den Kampf um die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem legalen antimperialistischen Widerstand durch die Festschreibung einer sog. "terroristischen Vereinigung im Knast" nach § 129 a StGB noch mehr zu erschweren. Wesentliches Bauelement ist dabei das alte Staatsschutzkonstrukt einer einzigen großen "terroristischen Vereinigung" von RAF, Gefangenen aus der RAF und dem legalen Widerstand (sog. "legale RAF). Darin kommt der Staatsschutzversion entscheidende Bedeutung zu, wonach Brigitte nach ihrer Freilassung im Februar 1977 den gesamten illegalen Widerstand restrukturiert habe; daß sie die ganze Offensive '77 im Wege eines "Auftrags" der Stammhei-

mer Gefangenen in die Gruppe gedrückt habe, ja daß die gesamte Fortexistenz der RAF überhaupt nur auf diesem "Auftrag" beruhe.

Um Gerichtsverwertbares für diese Version herauszufischen, hat der Senatsvorsitzende Knospe die Gefangenen aus der RAF Knut Folkerts und Günter Sonnenberg als Zeugen geladen. Knut hat der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart im Juli 1980 wegen Buback zu lebenslanglich abgeurteilt; obwohl seit seiner Gefangennahme im Mai '77 immer als sog. "Bubacktäter" bezeichnet, hat Rebmann ein beabsichtigtes Verfahren gegen Günter bis heute nicht durchgezogen. Wohl aus der Einschätzung heraus, daß ein solches Verfahren gegen einen haftungsfähigen Gefangenen - anders als noch im Frühjahr 1978 - den faschistischen Charakter der BRD allzu offensichtlich machen würde, und zwar international.

Beide Gefangenen haben diese Staatsschutzlinie in ihren Erklärungen widerlegt. Hier zunächst das, was Knut dazu inhaltlich entwickelt hat (nach Mitschriften):

#### ERKLÄRUNG von KNUT:

Mit der Behauptung der Steuerung der Aktionen aus der Zelle hat die Bundesanwaltschaft (BAW) schon immer versucht, die Vernichtungshaft an den Gefangenen öffentlich zu legitimieren. Dennoch weiß auch der Staatsschutz genau, daß eine illegale, bewaffnete kämpfende Gruppe hier in der BRD niemals auf der Grundlage von Strukturen mit "Auftrag", "Befehl", Hierarchie existieren könnte. Das sind nur Projektionen imperialistischer Macht- und Herrschaftsstrukturen auf das Kollektiv, das im bewaffneten Antagonismus zu diesen Strukturen steht. Vielmehr konstituiert die RAF sich umgekehrt immer am Ziel: bewaffneter Angriff auf den Apparat und dessen Herrschaftsträger, also an der und durch die Aktion selbst. Mit dem "Drahtzieher-syndrom" wollte der Staatsschutz nur davon ablenken, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse hier objektiv reif für den revolutionären Umsturz sind - daß dazu nur die subjektive Bedingung, der Wille jedes einzelnen, erforderlich ist. Um dahin zu kommen, brauchten sie dann noch die Bestimmung des Begriffs der Notwendigkeit und der Richtigkeit, hier in der Metropole den bewaffneten Angriff gegen das System vorzutragen, um die Friedhofsruhe im Innern als Voraussetzung für die Kriegsvorbereitung nach Außen zu zerstören. Aber die eigene Entscheidung für diesen Krieg kann natürlich nur auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Freiwilligkeit erfolgen.

Daher brauchte die Gruppe damals auch niemanden, der ihnen sagt, daß es notwendig und richtig ist, Buback zu erschießen. Das haben sie selbst gewußt. Brigitte damals aus dem Gefängnis kam, war die Aktion bereits weitgehend vorbereitet, die anderen Aktionen bereits in der Diskussion. Diese Aktion

war nur deshalb nicht früher gelaufen, weil es nicht eine Einzelaktion sein sollte, sondern im Zusammenhang mit der Offensive '77 stehen sollte.

Bubacks Funktion wird bereits im Komunique des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF ganz deutlich: Er hat die Justiz zu einem Mittel der Aufstandsbekämpfung transformiert, unter seiner Regie hat der Staatsschutz drei Gefangene aus der RAF ermordet: Holger Meins, um den grossen Hungerstreik zu brechen und jeden abzuschrecken, der sich am Kampf der Gefangenen, am Kampf der RAF orientiert hat. Der Staat sollte als unüberwindbar, jeder Widerstand als aussichtslos erscheinen. Siegfried Hausner ließ er schwerverletzt nach Stammheim verschleppen, nach einigen Tagen Kontaktsperre war er tot. Buback hat es Intensivbehandlung genannt. Ebenfalls unter seiner Regie starb Ulrike zu dem Zeitpunkt, als sein Projekt der Entpolitisierung des Prozesses endgültig gekippt war. Das war sein Projekt in Stammheim: die politische Vernichtung der RAF. Aber statt der Hoffnungslosigkeit revolutionären Kampfes und statt dem Ende der RAF war es das Ende von Buback.

Warum haben sie, die RAF, die Offensive '77 gemacht? Sie wollten damit die Gefangenen befreien, sie wollten sie aus der Vernichtungshaft herausholen, um mit ihnen zusammen zu kämpfen. Sie wollten ihr Projekt hier gemeinsam entwickeln: die Front aufbauen, überhaupt die Metropole zur Front im Klassenkrieg entwickeln.

Am Kampf der Gefangenen hatten sie sich mobilisiert, ganz einfach weil es ein wirklicher, ein authentischer revolutionärer Kampf war. Kampf, der Kampf erzeugt. Und als sie nach der Offensive '72 gegen die US-Head-Quarter gegen den Völkermord in Vietnam, gegen den Repressionsapparat und gegen die Klassenjustiz in der BRD gefangen genommen waren, haben sie gegen den ganzen Terror und die Vernichtungshaft weitergekämpft und damit gezeigt, daß man unter allen Bedingungen kämpfen kann. Also da brauchten sie niemanden, der ihnen sagte, daß sie die Gefangenen herausholen sollten, das wollten sie selbst, und zwar von Anfang an. Es war unzertrennbar mit ihrer eigenen Entwicklung und ihrem Kampf verbunden.

Die Aktion zur Befreiung der Gefangenen hat auch den Kern imperialistischer Macht hier getroffen, weil hier die Herrschenden an diesen Gefangenen und mit diesen Gefangenen ihren ganzen Herrschaftsanspruch verbunden hatten. Daher bekam die Auseinandersetzung Guerilla - Staat in der Anfangsphase diese ungeheuere Dimension, weil es eine ungeheuere Niederlage für den Staat gewesen wäre, und für die RAF natürlich ein strategischer Durchbruch (Helmut Schmidt am 13. März 1975 im Bundestag: "Die Freilassung der einsitzenden Terroristen würde eine unerträgliche Zerreißprobe für diesen Staat bedeuten." Das hat er damals ja nicht bloß daher-

geredet, vielmehr war das die Situation!

In einer Aktion zur Befreiung gerade dieser Gefangenen vermittelt sich auch das strategische Ziel, nämlich Befreiung vom Imperialismus. Das ist aber keine abstrakte Strategie, sondern eben ganz konkret in der Befreiung dieser Genossen.

Nach Holger, nach Siegfried, nach Ulrike kannten sie die Vernichtungswut von Buback. Sie wollten daher mit ihrer Aktion ganz unmittelbar den Staatsschutz zurückdrängen, als Schutz für die Gefangenen. Die Aktion hat deshalb voll ins Zentrum getroffen, weil sie in Buback, in seiner Funktion diese innere Entwicklungslinie der imperialistischen Restrukturierung getroffen haben. Er hat die NATO-Innenpolitik vorangetrieben als Neustrukturierung der Repression, als erste Stufe für den Ausbau Westeuropas zum Kriegszentrum. Buback war der Pionier dieses Projekts, das er wie keiner - mit Ausnahme von Herold - betrieben hat, als er mit diesem ganzen Ausbau der imperialistischen Repressionsapparate, Kontrolle und Manipulation, Export des Modells Deutschland, die polizeiliche und juristische Integration West-Europas hier umgesetzt hat: die Kriminalisierung und Vernichtung revolutionären Widerstands im westeuropäischen Rahmen als die innere Bedingung für die globale imperialistische Offensive.

Man muß die Offensive '77 natürlich auf dem Hintergrund der realen politischen Situation damals sehen. '77 war das Jahr, in dem die BRD unter der Führung der Sozialdemokratie die Bedingungen für die neue Offensive des Imperialismus schaffen und vorantreiben sollte, und das soweit wie möglich verdeckt. Das war ja die Funktion der SPD, damit sich daran kein Widerstand entwickelt, der ihre Pläne stören könnte.

Die Kriegsvorbereitungen sind ja inzwischen offen. Die Linke hat '77 - zehn Jahre nach dem großen Aufbruch - nichts wahrgenommen. Daher hat die RAF also aus einer schwachen Ausgangsposition ihre Offensive gestartet, aber davon hat sie sich nicht abhängig gemacht. Das ist überall die Bedingung, wenn man anfängt; bessere Bedingungen, die muß man sich erstmal erkämpfen. Was eben ganz wichtig ist: daß sie sich ausschließlich an ihrem Ziel orientiert haben. Worauf es ankommt ist, selbst anzufangen und die Initiative zu erobern. Also die Erfahrung ist ganz einfach: "Der wichtigste Faktor sind wir selbst."

So sind sie '77 zur Offensive gekommen, weil man immer mit nichts anfangen muß. Das entscheidende Moment ist der Wille zu kämpfen, und alles andere, was man braucht, das kann man sich dann ranschaffen im kollektiven Prozeß für den Angriff.

Die Offensive '77 war ihr Schritt gewesen, die ganze Situation hier aufzubrechen und eine neue Phase der Auseinandersetzung zu eröffnen. Als Offensivposition dafür haben sie die

Illegalität organisiert. Das war die Konsequenz, was jeder in der Legalität erfahren hatte: die ganze Perspektivlosigkeit und Wirkungslosigkeit legaler Politik, weil Legalität eine Fessel ist. Weil Legalität das Terrain des Faschismus ist, weil hier Folter und Unterdrückung legal sind, darum ist revolutionärer Kampf notwendigerweise illegal. Es ist auch einfach notwendig, daß man dazu den Bruch macht, wenn man hier für die soziale Revolution kämpft. Dazu muß man vom Bruch mit allem ausgehen, und nur im Prozeß des politisch-militärischen Angriffs kann man hier überhaupt Gegenmacht entwickeln.

Die Aktion gegen Buback zeigt, daß und wie es möglich ist, sie anzugreifen und einzukreisen, und das können sie mit nichts verhindern.

#### A U S S A G E von G O N T E R

Am Nachmittag kam dann Günter in den Saal. Wenn man verstehen will, warum es ihm zu Anfang schwergefallen ist, sich im Zusammenhang mit der Aktion gegen Buback und dem Staatsschutzkonstrukt zu äußern, muß man sich erstmal seine Situation klar machen:

Er ist seit sieben Jahren fast ununterbrochen einzelsoliert. Die Schüsse bei seiner Gefangennahme im Mai 1977 haben sein Sprach- und Gedächtniszentrum getroffen und teilweise verwüstet. Bis heute wird ihm die Behandlung durch einen Facharzt seines Vertrauens, den es gibt, verweigert. Menschen mit vergleichbaren Verletzungen können überhaupt nur durch intensive Sprechschulung und Gedächtnisübungen den objektiven Gehirnmasserverlust und die Gedächtnis- und Konzentrationsschwierigkeiten einigermaßen überwinden. Außer unmittelbar nach seiner Gefangennahme bis zur Kontaktsperre hat Günter das bis heute nicht bekommen. Das ist natürlich der Ausdruck für eine kaum vorstellbare Identität und Stärke des Willens, daß er sich - isoliert - auf ein so hohes Niveau argumentativer Auseinandersetzung und der Klarheit des Begriffs der Situation hier emporgearbeitet hat. Klar auch, daß er deshalb ein besonderer Stachel für den Staatsschutz ist, der an ihm tagtäglich die eigen Ohnmacht und damit Besiegbarkeit erfahren muß. (Diese paar Sätze sind einfach notwendig, weil einige der zahlreichen Anwesenden eine gewisse Verständnislosigkeit gegenüber der Tatsache gezeigt haben, daß Günter sich manchmal wiederholte, daß er einige Mühe hatte, die Begriffe zu finden.)

Dazu sagte er selbst gleich zu Beginn: "Ja, es ist ein bißchen problematisch jetzt nach sieben Jahren Isolation hier reingebracht zu werden in einen solchen Prozeßbunker hier. Das macht mir natürlich Schwierigkeiten, und so stelle ich mir das halt so vor, daß ich jetzt ein paar Sachen bringe, wozu ich was sagen will, und ihr (= die Verteidiger) müßt dann einfach die Fragen stellen dazu."

Genauso wie Knut widerlegte er die Version von Brigittes "Auftrag" als bekanntes Staatsschutzkonstrukt und setzte sich außerdem mit der Nachrichtensplanke der BAW auseinander, die Erklärung des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF sei von den Stammheimer Gefangenen unter Andreas Baaders Federführung mitverfaßt worden, also eine Art "Gemeinschaftsarbeit" von den Gefangenen und dem Kommando.

Eine solche Behauptung sei ganz absurd, selbstverständlich macht die kämpfende Einheit draußen, die die Aktion als politisch-militärischen Angriff führt, auch ihre Erklärung allein. Die Aktion gegen Buback sei auch nicht eine sog. "Solidaritätsbekundung" mit den Stammheimer Gefangenen gewesen - wie die Anklage behauptet -, sondern es ging ihnen darum, die Vernichtungswut der BAW und des Staatsschutz zurückzudrängen; weiter zu verhindern, daß die Gefangenen als Geiseln des Staates für Aktionen, die draußen laufen, einzeln massakriert werden.

#### B E W E I S A N T R A G, I R M G A R D M Ü L L E R als Z E U G I N zu V E R N E H M E N

Danach stellte die Verteidigung einen Beweisantrag, die Gefangene aus der RAF Irmgard Möller zu hören, weil sie die einzige Überlebende von den Gefangenen ist, die im 7. Stock Umschluß mit Brigitte hatte.

Aus dem Beweisantrag der Verteidigung, Irmgard Möller als Zeugin zu vernehmen, sind die folgenden Passagen der Begründung dieses Antrags entnommen:

"Der 'Auftrag aus Stammheim' zieht sich als roter Faden durch die Anklageschrift. Er ist eine Erfindung des Staatsschutzes, für den die Bundesanwaltschaft nur ein einziges Beweismittel, ein selbst produziertes, anzubieten hat: den Kronzeugen Speitel. Diese Fiktion soll die Konstruktion der 'einheitlichen Gruppe aus Gefangenen und Illegalen' und der Planung und Steuerung von Angriffen der Guerilla aus den Zellen heraus stützen. Diese Konstruktionen sind nicht neu. Die Linie 'von innen gesteuert' gibt es seit der Verhaftung von Andreas Bader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof; sie wurde vor allem von GBA Buback kontinuierlich und systematisch propagiert. Im Zusammenhang mit der Aktion gegen GBA Buback findet sie sich z.B. in dem bei den Akten befindlichen Vermerk des EHK Klaus vom BKA (GBA Band 7, Bl. 412-415), in dem dieser zu dem Schluß kommt, daß die Erklärung des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF höchstwahrscheinlich von den Gefangenen in Stuttgart-Stammheim verfaßt worden sei, und in dem er die Vermutung äußert, daß die Stammheimer Gefangenen an den operativen Planungen der Aktion gegen Buback beteiligt gewesen seien. Dieser Vermerk stammt vom 13.4.1977, d.h. demselben Tag, an dem die Erklärung den Adressaten zugegangen ist. Die Eile, mit der dieser Schluß gezogen wird, genügt, ihn als das auszuweisen, was

er ist, ein Baustein in der Linie des Staatsschutz.

Folgerichtig kehrt dieselbe Behauptung - jetzt als sichere Feststellung vorgetragen - in der von besagtem Klaus verfaßten Broschüre des Bundesministers des Innern vom Frühjahr 1983 wieder, um hier diese Linie noch weiter zuzuspitzen mit der Behauptung, 'die Autoren' hätten in dieser Erklärung 'die Öffentlichkeit schon auf ihre kollektive Selbsttötung - dargestellt als Mord - für den Fall des Scheiterns ihrer Befreiungspläne einzustimmen' versucht (Klaus, 'Aktivitäten und Verhalten inhaftierter Terroristen', hgsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1983).

Die Konstruktionen dienten dem Staatsschutz und der Regierung im Herbst 1977 zur Begründung der Verhängung der Kontaktsperre und zur Rechtfertigung innerer gesetzlichen Absicherung. Helmut Schmidt führte vor der Fraktion seiner Partei für die Notwendigkeit des Kontaktsperregesetzes an, von der er und die Bundesregierung überzeugt seien, daß es neue Erkenntnisse in den Haftanstalten gebe (Hartmann, CDU/CSU, am 28.9.1977 im Bundestag; siehe 'Die Antiterrorismusdebatten im Parlament, Protokolle 1974-78'). Und auf die Kritik von Parlamentariern, daß ihnen niemand belegen könnte oder wollte, wie die Aktivitäten der Entführer aus den Zellen gesteuert würden, kündigte er für später eine Dokumentation an und erklärte: 'Dann werden einigen noch die Augen aufgehen.' (DER SPIEGEL, 3. 10.1977).

Diese Dokumentation ist nie erschienen, weil es für sie keine Grundlage gab. Das war den Politikern auch bekannt: Im Frühjahr 1978 antwortete der damalige Bundesjustizminister Vogel in einem Interview im staatlichen italienischen Fernsehen auf die Frage, ob die Schleyer-Aktion aus den Zellen gesteuert worden sei: "Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür gefunden."

Abschließend zum Komplex Kroesen stellte die Verteidigung folgenden

#### B E W E I S A N T R A G :

Thema:

Die Tatsache, daß im Herbst 1981 ein Angriff der RAF auf General Kroesen stattfanden wurde, war sowohl der US-militärischen Führung und der NATO, als auch General Kroesen selbst bekannt.

Dementsprechend traf die amerikanische Militärführung in Zusammenarbeit mit dem BKA, BND und VS zweckgerichtete Maßnahmen zur Überwachung und zur Abwehr des Angriffs; daran war General Kroesen selbst beteiligt. Es wurde in Heidelberg zwischen Wohn- und Arbeitsstelle des General Kroesen eine komplette Videoüberwachung installiert, die nach dem Angriff auf Ramstein (31.8.1981) Tag und Nacht in Betrieb war. Hiermit war eine Sonder-

kommission mit der Bezeichnung "Paddy" befaßt, von deren gesamten Ermittlungen der Verteidigung lediglich eine Seite im Band KRO 16 (Bl. 18) zugänglich gemacht worden ist.

Es wurden von den Begleitern des Generals umfangreiche und detaillierte "observationsreports" angefertigt und den Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt. (Dies wurde in der Hauptverhandlung durch Vernehmung des Zeugen Winterberg bestätigt; bis auf eine Ausnahme wurden diese Berichte der Verteidigung ebenfalls vorenthalten.)

Zwischen dem US-Militär und den deutschen Sicherheitsbehörden gab es eine umfassende Zusammenarbeit, was nicht zuletzt daran deutlich wird, daß sich der Sitz der SOKO "Paddy" im Gebäude der Sicherheitspolizei der US-Armee (Counter Intelligence Corps) befand und daß im August 1981 ein Vier-Sterne-General aus dem Pentagon aus den USA nach Heidelberg anreiste und die Arbeit der SOKO "Paddy" überprüfte.

Die Zusammenarbeit beschränkte sich aber keineswegs auf diese Überwachungsmaßnahmen. Vielmehr wurde der General durch das BKA mit einem gepanzerten Fahrzeug ausgerüstet, ihm wurde ein bewaffneter Beamter des BKA als Fahrer zugeteilt, und er wurde von bewaffneten US-Soldaten begleitet.

Obwohl General Kroesen wußte, daß mit einem Angriff der RAF auf ihn zu rechnen war, lehnte er einen Wechsel seiner Fahrtroute vom Wohnsitz zur Arbeitsstelle ab. Wie der Zeuge Winterberg in der Hauptverhandlung ausgesagt hat, wollte General Kroesen immer über das Karlstor fahren, obwohl es Möglichkeiten gab, ohne nennenswerten Zeitverlust andere Routen zu benutzen (z.B. über das Neckarufer). Bei dieser Entscheidung war sich General Kroesen bewußt, daß die Geländeverhältnisse an der gesamten Route, also auch am Karlstor, Möglichkeiten für einen Anschlag bieten, und er richtete sich darauf ein. Aufgrund dieses Rechens mit dem Anschlag wurde von den Begleitern des Generals auch sofort das Feuer in Richtung der vermuteten Abschußstelle eröffnet.

#### Beweismittel:

- Zeugnis des General Kroesen, zu laden über das Pentagon, Washington D.C., USA;
- Zeugnis des Kriminaldirektor Zabel, zu laden über das BKA, Wiesbaden;
- Zeugnis des Präsidenten des BKA Boge, zu laden über das BKA, Wiesbaden.

#### Begründung:

General Kroesen ist einer der Generale, die hier in Westeuropa für die Durchsetzung der NATO-Politik verantwortlich waren. D.h. in seiner Funktion als Befehlshaber der USAREUR (der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa) und zugleich der CENTAG (NATO-Heeresgruppe Mitte) sorgte er für die politisch-militärische Umsetzung des

NATO-Konzepts in Westeuropa. Dieses Konzept zur Durchsetzung imperialistischer Politik wird hier von der RAF bewaffnet bekämpft.

Nach ihren eigenen Äußerungen gingen sowohl die US-Streitkräfte, als auch die deutschen Sicherheitsbehörden seit Oktober 1980 davon aus, daß die Vorbereitung für einen Angriff seitens der RAF auf General Kroesen konkrete Formen angenommen hatte (DER SPIEGEL 2/83, S. 46 unter Verweis auf Vermerk von KD Zabel vom BKA, TE 32, AZ 6452.07; RNZ vom 13. 6.1981).

Nach allem ist klar, daß der General sich zum Zeitpunkt des Angriffs durch die RAF keineswegs in der Rolle eines arglosen Opfers befand.

Die Vernehmung von weiteren Tatzeugen (städtische Angestellte, Bauarbeiter), aus deren konkreten Angaben sich der tatsächliche Charakter als militärische Konfrontation deutlich vermittelt hätte, werden bewußt unterschlagen.

Es ist offensichtlich, daß die Zusammenarbeit zwischen dem US-Militär und den deutschen Sicherheitsbehörden von einer Doppelstrategie geleitet war: zum einen die Vorbereitung, dem angenommenen Angriff gerüstet begegnen zu können; zum anderen durch die Geheimhaltung bereits vorliegender Informationen Erkenntnisse über die RAF zu deren Bekämpfung gewinnen zu können.

Die aufgezeigte Aktenmanipulation

- Fehlen der Videobänder,
- Fehlen der "observationsreports",
- Fehlen der vollständigen Ermittlungen der SOKO "Paddy",

Fehlen der Vernehmungsprotokolle von Tatzeugen

bezweckt, aus der politisch-militärischen Konfrontation einen strafrechtlich konstruierten Mordversuch zu machen.

Es wird beantragt,

das genannte fehlende Aktenmaterial beizuziehen.

Prozeßtermine in Stammheim: 3., 5., 10.,

12., 17., 19., 24., 26., 31. Juli 1984, also jeweils dienstags und donnerstags, Beginn: 9.00 Uhr.

## Anschlag auf NATO-Pipeline

Blättle juni 1984

wir haben am 14. juni 84 das bundesweite nato-pipelinennetz bei lorch gesprengt.

teil der imperialistischen kriegsvorbereitungen der nato ist der kontinuierliche ausbau eines militärischen treibstoffversorgungsnetzes in der gesamten brd. über ein pipelinesystem und verschiedene treibstoffhaupt- und nebenlager werden die militärischen einrichtungen versorgt. für die installation dieser nervenstränge fließen die gelder aus einem speziellen nato-infrastrukturprogramm, für das z.b. zwischen 1951 und 1977 über 16 milliarden dem ausgege-

ben wurden. weitere schwerpunkte dieses infrastrukturprogramms sind 220 flugplätze, 10.000 km rohrleitungen und lagereinrichtungen für zwei milliarden kubikmeter treibstoff, hafenanlagen, raketenstellungen, kriegshauptquartiere, depots, der fernmelde und luftverteidigungssektor.

der verlauf der rohrleitungen ist einfach auszumachen. sobald die leitungen strassen, bahndämme, flüsse, bäche oder kanäle unterqueren, sind rot-weiße markierungspfosten an beiden seiten aufgestellt. auf freiem feld stehen sie zumindest auf sichtweite. bei der durchquerung von wäldern führt die leitung durch eine mindestens 6 m breite schneise. sie verläuft nie durch, sondern immer knapp an wohngebieten vorbei. die rohre sind in einem 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen graben eingelegt und in sand gebettet. sie haben einen durchmesser von 200 mm und eine wandstärke, je nach grabentiefe, zwischen 7,1 und 8 mm. hier im süden sind auf einigen pfosten schilder mit der aufschrift: treibstoffversorgungsleitung, bezirksverwaltung süd, sitz idar-oberstein, angebracht.

die tatsache, daß der erfüllungsgehilfe der ynkee-kriegspläne bmfv wörner nur einen kilometer von der von uns angegriffenen stelle der pipeline wohnt, war für uns nicht ausschlaggebend. uns geht es darum, die nato-kriegsmaschinerie als einen zentralen teil der imperialistischen weltbeherrschungspolitik effektiv zu bekämpfen. dabei ist uns klar, daß wir das nicht durch diese einzelne aktion schaffen, sondern nur durch die kontinuierliche ausweitung dieser politischen praxis. mit dem ziel, zu einer tatsächlichen proletarischen gegenmacht zu werden, die sich eindeutig im zusammenhang mit den um befreiung kämpfenden völkern in den neokolonien des imperialismus und den jungen sozialistischen ländern der 3. welt befreift.

die gegenwärtige weltwirtschaftskrise, die auf dem rücken der proletarier in den metropolen, aber vor allem auf dem der völker der 3. welt "bewältigt" wird, ist nichts anderes als der ausdruck der umstrukturierung des internationalen monopolkapitals zur rekonstituierung ihrer politischen, ökonomisch-technologischen und militärischen macht. die folgen sind hunger und vermehrtes massenelend in den neokolonien, arbeitslosigkeit und verarmung im metropolenproletariat.

diesem rekonstituierungsprojekt des imperialismus müssen wir auf den drei ebenen unseren widerstand entgegensetzen:

1. gegen die spaltung und individualisierung des widerstandes, für organisierung und entschlossenheit im antiimperialistischen kampf!

gegen das vernichtungsprojekt der schweine an unseren gefangenen genossen und genossinnen